



**Karlspreis
an Petr Uhl**

(Seite 4)

**Interview mit
EUFV-General**

(Seite 5)

**Tribüne der
Meinungen**

(Seite 8)

Ungarn organisieren weltweite Protestaktion gegen Beneš-Dekrete

Ungarn in aller Welt rufen am 19. und am 22. April zu Protestkundgebungen gegen die Beneš-Dekrete auf. Der Anlaß: Am 20. September 2007 hat das Parlament der Slowakei die Beneš-Dekrete für unantastbar erklärt. Der internationale Aufschrei gegen diesen ungeheuerlichen Vorgang blieb aus, klagen die ungarischen Initiatoren der globalen Protestaktion. In einem Aufruf zu den Protesten heißt es wörtlich: „In welchem Europa, in was für einer Demokratie wollen wir leben? Welchen Weg geht diese Union? Werden nur noch politische und wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen, ist unsere Demokratie zur Beute von Parteien und Bürokratien geworden? Werden die Vertriebenen, Beraubten, Vergewaltigten und Ermordeten einem Konsens geopfert, der alle Schuld den Verlierern zuschreibt?“ Zu Recht seien nationalsozial-

istische Verbrecher verurteilt worden, doch sei die Verurteilung der Untaten des Kommunismus bis heute ausgeblieben. Es blieben auch ungesühnt die nationalistisch motivierten Verbrechen von Siegervölkern und solcher wie der Slowaken, die erst im letzten Augenblick die Seiten wechselten!

Weiter heißt es in dem Aufruf: „Wenn die Tschechische Republik und die Slowakei – als Mitglieder der EU – die Unantastbarkeit der Beneš-Dekrete wirklich durchsetzen, dann wird die Kollektivbestrafung überwiegend unschuldiger Menschen auch in Zukunft ein erlaubtes Verfahren innerhalb einer demokratischen Gesellschaft bleiben. Wenn wir schweigen, wird es heißen, Sudetendeutsche, Karpatendeutsche und Ungarn hätten ihre Schuld durch Schweigen eingestanden! Wollen wir das den Opfern, wollen wir das

unseren Kindern antun? Nein und nochmals Nein!“

Am 19. April 2008, um 11.00 Uhr, werden vor der slowakischen Botschaft in Wien, 1190 Armbrustergasse 24, vor dem Slowakischen Konsulat in München, Vollmannstraße 25 d, und vor slowakischen Vertretungen in der ganzen Welt – sogar in Australien – Protestkundgebungen stattfinden.

Am 22. April um 11.00 Uhr wird in Straßburg vor dem Europaparlamentsgebäude, ebenfalls begleitet von einer Demonstration, Vertretern des Europaparlaments eine Petition, mit jetzt schon mehreren tausend Unterschriften, übergeben. In der Petition werden die Aufhebung der Beneš-Dekrete und die Eigentumsrückgabe gefordert. Die SLÖ unterstützt die Petition sowie die Protestkundgebung in Wien.

DAS BILD DER HEIMAT



Blick auf Tichlowitz während der Baumblüte. Tichlowitz ist am rechten Ufer der Elbe gelegen.

SPÄT, ABER DOCH sind die Ungarn aufgewacht. Solange die große ungarische Minderheit in der Slowakei an der Regierung beteiligt war, hatten sich ihre Vertreter an ein inoffizielles Stillhalteabkommen gehalten, demzufolge die Beneš-Dekrete nicht thematisiert werden sollten. Fragen der moralischen und materiellen Wiedergutmachung spielten daher in der slowakischen Politik und auch in den nachbarschaftlichen Kontakten keine Rolle. Es war den Karpatendeutschen vorbehalten geblieben, als kleine Minderheit auf ziemlich verlorenem Posten gegen die Dekrete und deren Nachwirkungen aufzutreten.

ERST ALS SICH unter den Ungarn – nicht nur denen in der Slowakei, sondern auch im Stammland selbst – Unmut zu regen begann und manche wohl erst dadurch erfahren haben, daß die Beneš-Dekrete keinesfalls nur gegen Deutsche gerichtet waren, wurde daraus in der Slowakei ein Thema. Und die Regierung dort reagierte nach tschechischem Muster: Sie erklärte die Dekrete im vergangenen Herbst per Parlamentsbeschluß für unantastbar. Der nach einem fast gleichlautenden Beschluß in Prag ausgebliebene Aufschrei der sogenannten Wertegemeinschaft Europa, mußte Preßburg zu der Einschätzung verleiten, daß es nichts zu befürchten haben werde. Und genauso ist es ja auch gekommen. Allerdings mit einem feinen Unterschied: Während die deutsche und die österreichische Bundesregierung mit keinem Mucks auf den seinerzeitigen Affront Prags gegen hunderttausende deutsche und österreichische Staatsbürger reagierten, nahm die ungarische Regierung den unfreundlichen slowakischen Akt nicht stillschweigend hin, sondern legte offiziellen Protest ein.

SEITHER MELDEN SICH die Ungarn mit einem Elan zur Wort, der auch den Sudetendeutschen nicht schlecht anstehen würde.

IST ES ABER nicht schon viel zu spät? Tatsächlich scheint der Zug abgefahren. Das Europäische Parlament hat seine eigenen Beschlüsse vergessen: 1999 hatte es die Tschechische Regierung aufgefordert, „fortbestehende Gesetze und Dekrete aus dem Jahre 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung einzelner Volksgruppen aus der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen.“ Prag tat das Gegenteil, ohne daß aus Straßburg ein Wort der Kritik gekommen wäre. Die Europäische Kommission, die sonst zu allem möglichen ihren Senf dazugibt, hatte sich im vergangenen Herbst in dieser Frage ausdrücklich für unzuständig erklärt. Und gibt es nicht sogar in den Reihen der Vertriebenen bereits eine Tendenz zum Verzichtertum, welche all jene bestärkt, die genau darauf gesetzt haben, die Sudetendeutschen mürbe zu machen?

GERADE VOR DIESEM Hintergrund ist es jedoch erfrischend, zu sehen, wie die Ungarn ihre Kräfte mobilisieren. Auch sie haben wie die Sudetendeutschen nichts anderes als die Ignoranz Europas zu spüren bekommen. Doch sie geben sich nicht damit zufrieden, sondern wollen diese EU, die ihnen gerade als Hort von Recht und Gerechtigkeit verkauft worden ist, beim Wort nehmen. Man wird sehen, wie das Europäische Parlament auf die Petition zur Aufhebung der Beneš-Dekrete reagieren wird. Kann es etwas anderes tun, als den bereits bestehenden Beschluß bekräftigen? In der Politik ist alles möglich. Denn vieles ist im Adenauer'schen Sinn nur das Geschwätz von gestern, das heute keinen mehr kümmert. Daß sich die Politik diesen leichtfertigen Umgang mit der eigenen Glaubwürdigkeit auch heute noch ungestraft leisten kann, steht nur dann außer Zweifel, wenn niemand aufsteht und einen lautstarken Ordnungsruf erteilt.

IN DIESEM SINNE sollten am 19. April vor der slowakischen Botschaft in Wien und dem slowakischen Konsulat in München nicht nur viele Ungarn, sondern mindestens ebenso viel mehr Sudetendeutsche aufmarschieren. Denn: Wer nicht gesehen wird, wird auch nicht gehört!